

# Der Bundestag stimmt dem Rentenpaket zu

*Die emotional geführte Debatte im deutschen Parlament folgt nicht den üblichen Konfliktlinien*

JONAS HERMANN, BERLIN

Der Streit über die neuen Rentengesetze hat die deutsche Regierungskoalition an ihre Grenzen gebracht, doch nun sind sie am Freitag im Parlament beschlossen worden. Die Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD hatte aus eigener Kraft genügend Stimmen für das Gesetz. Andernfalls wäre es nur mithilfe der Linkspartei durchs Parlament gekommen. Diese hatte vor wenigen Tagen angekündigt, sich bei der Abstimmung enthalten zu wollen. Weil Enthaltungen nicht mitgezählt werden, sank somit die Zahl der benötigten Ja-Stimmen aus der Koalition. Aus der Koalition haben nur 7 der 208 Unionsabgeordneten gegen das Rentenpaket gestimmt. Zwei weitere enthielten sich, ein Abgeordneter gab seine Stimme nicht ab.

Das Paket enthält unter anderem die Zusage, das Rentenniveau nicht zu senken. Für die Steuerzahler wird die Ent-

## Merz schickt die Rente Richtung Kollaps

Kommentar auf Seite 22

scheidung teuer. Weil zu wenig Berufstätige auf zu viele Rentner kommen, werden schon jetzt rund 30 Prozent des deutschen Staatshaushaltes benötigt, um das Rentensystem zu stützen. Deshalb hatten junge Abgeordnete der Unionsparteien CDU und CSU gegen das Gesetz rebelliert. Weil die SPD das Rentenpaket geschlossen befürwortet, hatte der Streit darüber die Koalition mit der Union belastet.

Nach dem Schwenk der Linkspartei war jedoch abzusehen, dass das Gesetz auch dann kommen würde, wenn einige Abweichler aus den Unionsparteien dagegen stimmten. Daher musste sich die Linken-Fraktionschefin Heidi Reichinnek im Parlament den Vorwurf der Grünen gefallen lassen, «die Mehrheitsbeschaffung» von Kanzler Friedrich Merz zu sein.

### «Zwergenaufstand»

Das konnte Reichinnek nicht auf sich sitzen lassen. Anders als sonst üblich, teilte sie in der Debatte nicht nur gegen die Union aus, sondern auch gegen die Grünen. Sie wolle Rentner eben nicht «über die Klinge springen lassen», sagte Reichinnek. Als drittgrösste Volkswirtschaft der Welt müsse Deutschland es sich leisten können, Bürgern einen angemessenen Lebensstandard im Alter zu ermöglichen. Um die Rentner –



Vizekanzler Lars Klingbeil (links) und Kanzler Friedrich Merz waren schon vor der Debatte guten Mutes.

KAY NIETFIELD / DPA

aus ihrer Sicht – nicht noch schlechter zu stellen, werde ihre Partei daher nicht gegen das Gesetz stimmen.

Reichinnek machte sich über einen «Zwergenaufstand der Jungen Gruppe» lustig, der die Koalition lahmgelegt habe. Damit meinte sie den Zusammenschluss von achtzehn jungen Abgeordneten, die seit Wochen gegen das Gesetz Sturm lau-

fen und auch vor dem offenen Konflikt mit dem Kanzler und CDU-Chef Merz nicht zurückschreckten. Aus Sicht dieser Abgeordneten ist das Paket ungerecht, weil es die jüngeren Jahrgänge zu stark belastete.

Rein in der Sache sahen das auch manche ältere Abgeordnete von CDU und CSU so. Selbst Kanzler Merz musste im Vorfeld einräumen, dass in-

haltlich nichts dafür spreche, die Rente mit noch mehr Steuergeld zu stützen. Die SPD hatte aus der Sachfrage aber eine Machfrage gemacht und den Fortbestand der Koalition an das Paket geknüpft. Auf Änderungen wollte sie sich nicht einlassen, weshalb die Führung der Unionsfraktion kaum eine andere Wahl hatte, als für das Gesetz zu trommeln.

## Neuer Wehrdienst gilt ab 1. Januar

(dpa) · Der Bundestag hat am Freitag grünes Licht für den neuen Wehrdienst gegeben. Eine Mehrheit der Abgeordneten votierte für einen Gesetzentwurf der Regierung, der eine verpflichtende Musterung junger Männer sowie die Wiedereinführung der Wehrerfassung vorsieht. Weiter gilt aber Freiwilligkeit. Für das Gesetz stimmten in namentlicher Abstimmung 323 Abgeordnete. Dagegen votierten 272 Parlamentarier. Es gab eine Enthaltung.

Verteidigungsminister Boris Pistorius hatte vorher im Bundestag erneut um Zustimmung geworben. Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, Religionsfreiheit und der Staat «schützen sich

nicht von alleine», sagte der sozialdemokratische Politiker. «Das müssen Menschen tun, die bereit sind, für ihn einzutreten, und nicht die, die hinter dem Gartenzaun stehen und darauf warten, dass andere das machen.»

Nach einem Streit zwischen Christlichdemokraten und Sozialdemokraten sehen die Pläne nun vor, dass der Bundestag über eine sogenannte Bedarfswehrpflicht entscheiden soll, wenn Zielmarken für die Vergrösserung der Bundeswehr verfehlt werden sollten. Der Wehrdienst soll mindestens sechs Monate dauern und mit mindestens 2600 Euro brutto im Monat bezahlt werden. Zusätzliche

Anreize gibt es für längere Verpflichtungen ab zwölf Monaten. Alle jungen Männer und Frauen ab dem Geburtsjahrgang 2008 werden vom nächsten Jahr an einen Fragebogen erhalten, der auch die Motivation zum Wehrdienst abfragt. Männer müssen, Frauen können diesen beantworten, denn für Frauen sieht das Grundgesetz keine Wehrpflicht vor. Für alle Männer, die ab dem 1. Januar 2008 geboren wurden, soll dann die Musterung wieder zur Pflicht werden. Praktisch wird sie aber erst später greifen.

Die Wehrpflicht war 2011 unter Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg nach 55 Jahren ausgesetzt worden.

Die SPD würde damit das «Sozialstaatsversprechen erneuern», sagte deren Fraktionsvize Dagmar Schmidt in der Debatte. Der SPD-Politiker Bernd Rützel stimmte gar ein Loblied an: «Die Rente ist unschlagbar sicher, die Rente ist unschlagbar günstig», sagte er. Anders sieht das Carsten Linnemann, der Generalsekretär der CDU. Er setzt auf eine geplante Rentenkommission, die in rund einem halben Jahr Vorschläge für eine Reform präsentieren soll. Dazu brauche es Mut, sagte Linnemann und fügte hinzu, man habe diesen Mut «vielleicht vermissen lassen in den letzten Jahren».

Die AfD-Politikerin Ulrike Schielke-Ziesing sagte, die Schwächen des Rentensystems seien schon lange bekannt: «Wir haben längst kein Erkenntnisproblem mehr, sondern ein Umsetzungsproblem.» Der gesamte ökonomische Sachverstand spreche gegen das Rentenpaket, doch Merz sei sein Amt wichtiger als alles andere. Nur deswegen würde er mit der Linkspartei «paktieren», und jeder kritische Abgeordnete der Union wisse nun, was die eigene Meinung wert sei – «nämlich gar nichts».

Andreas Audretsch von den Grünen sagte, die Union stehe für «Chaos». Die Linkspartei habe sich hingegen «zu den Füßen von Friedrich Merz» gelegt. Die Grünen lehnen das Rentenpaket ab. Aus Sicht von Audretsch lässt es künftige Generationen im Stich, weil das Rentenniveau nach 2031 fallen könnte. Laut seiner Aussage wollen die Grünen die Rente «für immer» stabilisieren. Auch in 40 oder 50 Jahren solle sie noch stabil sein.

### Bis zu 2000 Euro steuerfrei

Zur Abstimmung standen drei Gesetze, die zusammen das Rentenpaket ergeben. Streit gab es über das Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2031 und zu einer Ausweitung der Mütterrente. Die Gegner des Gesetzes befürchten Mehrkosten von rund 120 Milliarden Euro.

Ebenfalls beschlossen hat das Parlament die sogenannte Aktivrente: Nach Eintritt ins Rentenalter sollen bis zu 2000 Euro steuerfrei hinzuverdient werden können. Ebenfalls beschlossen wurde die Stärkung von Betriebsrenten in kleinen Unternehmen. Viele Deutsche bekommen diese Renten zusätzlich zur staatlichen Rente.

Für Kanzler Merz und die Koalition ist das leidige Thema Rente mit der Abstimmung am Freitag vorerst vom Tisch. Die grundlegenden Probleme in Deutschlands Rentensystem bleiben aber bestehen.